

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

WIEN, am 21. Februar 1986

DVR: 000060

GZ. 1005.02.03/15-II.8/86

II-3926 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Parlamentarische Anfrage der
Abgeordneten Koppensteiner und
Genossen (1833/J); Atommülllager
in Windischgraz

1783/AB

1986 -03- 10

zu 1833/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Koppensteiner und Genossen haben am 24. Jänner 1986 unter der Zl. 1833/J gemäss § 91 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 eine Anfrage an mich gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

1. Ist Ihnen bekannt, dass Jugoslawien plant, in Windischgraz nahe der österreichischen Grenze ein Atommülllager zu errichten?
2. Wenn ja, was werden Sie unternehmen, um die österreichischen Interessen hierbei zu vertreten und darauf hinzuwirken, dass entweder kein Atommülllager in Windischgraz errichtet wird oder dass Österreich insofern eine Mitsprache erhält, dass Gesundheitsschädigungen der österreichischen Bevölkerung ausgeschlossen werden können?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

ad 1: Ende 1985 enthielten österreichische und jugoslawische Medien Meldungen, dass die Errichtung eines Lagers für radioaktive Abfälle nahe der österreichischen Grenze bei Windischgraz (Slovenj Gradec) in Slowenien geplant sei. Bei Expertengesprächen mit Jugoslawien am 22. und 23. Jänner 1986 in Graz über Fragen des Umweltschutzes, einschliesslich Fragen betreffend Kernanlagen, erklärte die jugoslawische Seite zu diesen Meldungen, dass die jugoslawische Regierung eine Studie über mögliche Standorte und ihre geologische und geo-

physikalische Eignung für ein solches Lager in Auftrag gegeben hat. Windischgraz sei einer von dreizehn studierten Standorten. Eine Entscheidung über den Standort sei noch nicht getroffen worden; relevante Entscheidungen über das jugoslawische Kernkraftprogramm müssten vorher erfolgen.

ad 2: Österreich verfolgt die Politik, mit allen Nachbarstaaten Gespräche und zum geeigneten Zeitpunkt Verhandlungen aufzunehmen, um Fragen im Zusammenhang mit grenznahen Kernanlagen zu regeln. Hierbei werden Abkommen angestrebt, die eine Informationspflicht über Kernenergieprogramme, Rechtsvorschriften, den Betrieb von Kernanlagen, Umweltdaten sowie über Störfälle bei gleichzeitiger Koordination der Schutzmassnahmen vorsehen. Diesbezügliche Expertengespräche mit Jugoslawien waren bereits im Juni 1983 geführt worden. Wie zu Frage 1 ausgeführt, hat am 22. und 23. Jänner in Graz ein weiteres Expertentreffen zwischen einer österreichischen und einer jugoslawischen Delegation stattgefunden. Der österreichischen Delegation, die unter Leitung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz stand, gehörten neben Vertretern des Bundeskanzleramtes und betroffenen Bundesministerien Vertreter der Burgenländischen, Kärntner und der Steiermärkischen Landesregierung sowie des österreichischen Forschungszentrums Seibersdorf an.

Die Gespräche, die in einer Atmosphäre der guten Nachbarschaft verliefen, befassten sich in drei Arbeitsgruppen mit den Themenbereichen: Wasser und Luft, grenznahe Kernanlagen, andere Umweltbereiche. Hierbei fand auch ein intensiver Meinungs austausch über mögliche grenzüberschreitende Auswirkungen von Kernanlagen statt. Die beiden Seiten stimmten überein, dass der bestehende Informationsaustausch zwischen Jugoslawien und Österreich - insbesondere auch mit den Bundesländern Kärnten und Steiermark - gut funktioniert.

Bei der Behandlung der angeschnittenen Fragen ist zu berücksichtigen, dass die angestrebten Regelungen zweckmässigerweise vertraglich festgelegt werden. In diesem Zusammenhang ist es daher zu begrüssen, dass die jugoslawische Expertendelegation bei den oberwähnten Grazer Gesprächen der österreichischen Seite gegenüber erklärt hat, sie werde der jugoslawischen Regierung auf der Grundlage der Gespräche die Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen betreffend Kernanlagen ebenso vorschlagen wie die Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen über Umweltschutzfragen im allgemeinen.

Der Bundesminister
für Auswärtige Angelegenheiten:



www.parlament.gv.at